



Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Das „Volkblatt“ erscheint mit täglichen Beilagen: Allg. Beilagen, Kinderfreund sowie „Volk u. Welt“, unentgeltlich eingehenden Manuskripten ist stets das Adressverzeichnis beizufügen. Das „Volkblatt“ ist das Publikationsorgan der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Organisationen und anderer Organisationsverbände. — Schriftleitung: Clara 4244, Postfach zwei Treppen, Fernsprech-Anschluß 4667. Veränd. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr.

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,- Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abnehmer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mk. ab Volant ab v. Postboten ausgestellt 2,40 Mk.; bei direkter Einlieferung an den Verlag 2,30 Mk. Anzeigenpreis 12 Hg im Anzeigen- und 60 Pfg. im Anzeigenteil. 60 Zeilen. Spaltenhöhe 11 Zeilen. Druck 24/24. Fernruf 4664. 25 Pfennig. Dr. Ulrichstraße 27. — Postfachkonto 20319 Gehurt

Ein Meineidsverfahren.

Sturmangriff der Nürnberger Staatsanwaltschaft gegen den Oberbürgermeister Dr. Luppe.

Der neueste Justizstreich.

— Halle (Saale), 5. Januar.

Ein Kulturstaat kann nur als Rechtsstaat bestehen. Ein Rechtsstaat ohne Kultur ist ebenso wie ein Kulturstaat ohne Recht ein Widerspruch in sich selbst. Vor dem Urteile galten die bayerischen Gerichte im Gegensatz zu den preussischen und den Gerichten anderer Länder als Institutionen, in denen in verhältnismäßig hohem Maße ohne Parteivoreingenommenheit und ohne Parteihaftigkeit Recht gesprochen wurde. Bekannt dürfte noch jeder Vorfall aus dem Münchener Scheimbundprozess sein, wo der Vorsitzende des Gerichts nach verknüpftem Preispruch auf die sozialdemokratischen Angeklagten zutrat und ihnen zu dem Ergebnisse des Prozesses gratulierte.

In Bayern hat sich seitdem manches geändert. Die in Italien die revolutionäre Straße und die sozialdemokratischen Forderungen den Faschismus herbeigeführt haben, so hat in Bayern die Faschistaturperiode eine macht- und geistespolitische Atmosphäre geschaffen, die den bayerischen Staat neben Ungarn und Rußland als das schwarze Land der Reaktion kennzeichnet. Der bayerische Bürger und Kleinbauer, die früher gegen Liberalisierendes und opponierten, sehen in dem gegenwärtigen Zustand, wenn sie ihn auch gerade nicht lieben, doch einen Vorteil und eine gewisse Garantie gegen die Wiederholung der rassistischen Verbrechen. Es arbeitet mit dem bayerischen Staatsanwaltschaften die Schuttsicherung einer Einheitsmoral zusammen, die sich politisch weder experimentieren, noch leicht aus der Ruhe bringen lassen will.

Der Hauptmangel dieses Zustandes ist die bayerische Justiz, die auf dem Gebiete der Rechtsprechung, der Freiheitsrechte rechtsstaatlicher Verfassungen, der Vertretung von Sozialdemokraten und Republikanern, der nachvollzogenen Verfolgungen gegen Männer der Freiheit noch mehr leidet und gelistet hat, als die zureichende preussische Justiz. Den symbolisierenden Namen erhält diese Rechtsprechung durch den aus dem Beschlagnahme-Prozess hinausgeworfene Verurteilten G. G. Es ist der, daß gegen Andersdenkende, gegen Nichtmonarchisten, gegen die, die im Namen des Volkes gerurteilt wissen wollen, gegen die, die der Justiz nicht das Feld der Macht, sondern des Rechts einräumen.

Eine Aneinanderreihung der bayerischen Justizskandale würde eine unendliche Liste ergeben, und das hier dienende Bild würde einen Abrund von Rechtslosigkeit und Feindschaft gegen den Willen und die Souveränität des Volkes zeigen. Vom Jahre 1919 bis zum Ende des Jahres 1925 zeigt die Kette nicht ab. Was eine Rechtsprechung der zivilisierten Welt bisher genügt, wurde in München zur Zeit. Dem Scheimbundprozeß, den der Justizrat am 8. November 1923 sich an der Spitze eines Justizratskollektivs zur Eroberung des Reichsministeriums in Weimarer geistig hatte, wurde ein höheres geistliches Recht eingeräumt, auf Grund dessen man hochverräterische Unternehmen nicht nur propagieren und unterstützen, sondern auch führen kann, ohne bestraft zu werden.

Keinen bemerkt werden konnte. Denn schließlich ist das menschliche Gedächtnis kein mathematischer Faktor, sondern ein höchst beeinflussbares und der Zeit und ihren Wechseln unterliegendes Instrument. Die objektive Behörde dieser Welt fand jedoch, daß eines Republikaners Gedächtnis erst wie eine Präzisionsmaschine zu arbeiten habe, und weil das nicht der Fall war, begehrte sich die Staatsanwaltschaft für ein Meineidsverfahren gegen den Kläger. Die bayerische Presse aber kompetente in die Weltgeschichte hinein, daß der Nürnberger Oberbürgermeister bereits seines Amtes entsetzt sei und jetzt so dem Einbruch vorzuarbeiten, als ob das staatsanwaltschaftliche Verfahren auf das gründlichste justifiziert wäre.

Oberbürgermeister Dr. Luppe hat Urlaub genommen. Denn die Herren jedes Menschen jedes einmal auf zu funktionieren, und das, was ihnen unter den schwierigsten Verhältnissen arbeiten Mann, noch an Kraft verbleiben ist, wird er brauchen, um den neuesten Streich der bayerischen Reaktion zu parieren. Diese ebenso handhabe wie tragische Episode aber darf sich unter Durchführung der deutschen Reichsregierung, die bekanntlich sogar verfassungswidrige Aktionen in Bayern erlaubt, in einem Lande abspielen, in dem der Völkerrat gewissermaßen legalisiert ist, in dem es nicht als Schande angesehen wird, wenn prominente politische Persönlichkeiten für politische Zwecke Geld vom Feinde nehmen, in dem der selbstverleumdende Münchener Postpräsident nach Joseph Stüdemann am 1. Januar, obwohl seine Höherung des Landesvertrages außer allem Zweifel stand. Sollte die Nürnberger Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen Dr. Luppe tatsächlich durchzuführen, so wird in den Augen des Volkes die Verachtung gegen die deutsche Justiz noch weiter steigen. Diese Justiz aber soll nicht klagen, daß die Verachtung darüber verachtet, daß das Gefühl des Ansehens dauernd Gefährdung bleibt, weil dieses Gefühl zurzeit noch von legalen Grenzen eingedämmt wird. Wie es in der Natur der Sache liegt, so können in der politischen Geschichte auch solche Taten vorkommen, die den politischen Willen der Legalität zerschellen. Die Spannung zwischen Rechtsempfinden des Volkes und allgemeiner Justizpolitik der Behörden ist nicht so leicht so groß, daß explosive Ereignisse bei weiterer Fortsetzung ohne gefahrensgefährliche Prognostik ausbleiben sind.

Aus dem bayerischen Justiz-Wildwest.

Das Meineidsverfahren gegen Dr. Luppe.

Nürnberg, 5. Januar. (Via Drahtbericht.)

Auf Grund der im Streidprozess erfolgten Urteilsbegründung hat die Staatsanwaltschaft gegen Oberbürgermeister Dr. Luppe ein Meineidsverfahren eingeleitet. Das Gericht hat damals in den Aussagen des Nürnberger Oberbürgermeisters eine gewisse Unwahrheit gesehen, von der zu prüfen sei, ob sie wichtiger oder bewusster Natur sei. Eine Anklageerhebung, wie sie von einem Nürnberger Anwalt gemeldet wurde, ist dem Oberbürgermeister, wie er uns auf Nachfrage erklärt, noch nicht zugegangen. Dr. Luppe hat jedoch auf Grund des eingeleiteten Meineidsverfahrens am Sonntag einen Urlaub angetreten.

Die Vorberichterstattung zu diesem neuen Vorgehen gegen den Nürnberger Oberbürgermeister, der den regierenden Freien Bayerns als aufrichter Republikaner ein Wort im Auge ist, ist folgende: Der völkische Nationalist Streicher, einer der gewissenlosesten Vorkämpfer in der völkischen Agitation in Bayern, hatte behauptet, daß Luppe sich in der Justizangelegenheit an falschen Gebären beteiligt habe. Luppe freigelegte Verleumdungsfrage gegen Streicher an. Am 2. März 1924 wurde Streicher zu einem Monat Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt. Es wurde Verurteilung eingeleitet. Die Verhandlung fand im Dezember 1925 statt. Sie führte zu einer Verurteilung Streichers zu zwei Monaten Gefängnis. In der Reuegenaufrage Luppens über die Dinge, die über zwei Jahre zurückliegen, erobert sich einige Unstimmigkeiten gegenüber seinen Aussagen von 1923, da er sich in einigen Punkten infolge der Zeitdauer nicht mehr genau erinnern konnte. Auch in allen anderen Zeugenaussagen erobert sich ähnliche, aus der Länge der Zeit erklärende Widersprüche.

Dem gewissenloseren Verleumder zwei Monate Gefängnis — dem Opfer der Verleumdung aber, das vor Gericht Recht sucht, die Drohung mit dem Justizhau! Das ist der Gipfel, der von den Gütern des Rechts in Bayern erloschener werden konnte.

Das bayerische Innenministerium erklärte am Montagabend auf unsere telefonische Anfrage, daß ihm von einer Anklageerhebung des Oberbürgermeisters Dr. Luppe und von einem entsprechenden Antrag des zuständigen Regierungspräsidenten nichts bekannt sei.

Banken gegen Spartassen.

Konturrenzmäandern mit patriotischem Märnelchen.

Von allen Kartellen ist das der Privatbanken das schimmliche. Es beherrscht den Geldmarkt und ist den größten Einfluß auf das Wirtschaftsleben aus. Es hält die Zinsen für Selbstgeber hoch, gewährt aber selbst nur eine niedrige Verzinsung. Es gibt die Kredite nicht an diejenigen, die sie am zweckmäßigsten verwenden, sondern nur denjenigen, die den Banken die größten Gewinnsmöglichkeiten gelihen. Viel zweckmäßiger ist das Geschäftsbereich der Spartassen. Sie sind öffentliche Unternehmungen, betreiben die Wirtschaft nicht des Gewinns wegen, sondern erfüllen eine sehr wichtige Aufgabe durch die Sammlung der kleinen Sparbeiträge, durch die Förderung der Kapitalbildung und durch das Anleihen dieser Gelder mit geringem Zinsen noch volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten. Diese Wirtschaftstätigkeit der Banken hat von jeher zu einem Gegensatz zwischen den Privatbanken und den öffentlichen Spartassen geführt. Er war freilich solange ohne größere Bedeutung, so lange bei blühender Wirtschaft eine Ausdehnung der Tätigkeit der Spartassen den Privatbanken nicht viel nehmen konnte. Seitdem aber die Privatbanken durch die Inflation einen erheblichen Teil ihrer Mittel verloren haben und um die Wiedergewinnung ihrer Monopolstellung kämpfen, sind ihnen die Spartassen eine sehr unangenehme und unbequeme Konkurrenz geworden. Diese unangenehme Konkurrenz der Spartassen ist erwidert, ihre Beherrschung gefestigt und ihren Einfluß auf das Wirtschaftsleben bemerkt haben und die Banken erfolgreich hindern, ein unbeschränktes Geldmonopol auszuüben.

Diese Gegensätze sind in letzter Zeit mehrfach aufgetreten. Bei der Steuerreform ist erfolglos verurteilt worden, die öffentlichen Geldinstitute — Spartassen und Girozentralen — durch neue Steuererlässe zur Einschränkung ihrer Tätigkeit zu zwingen. Auf dem Banktag sind zahlreiche Angriffe über Wirtschaften der Spartassenseiten erhoben worden und die Forderung an die Regierung aufgetaucht, die Spartassen zur Zerschlagung ihres alten Tätigkeitsbereichs zu zwingen. Neuerdings tauchen die Angriffe wiederum auf. Sie kommen sowohl vom Zentralverband des deutschen Bank- und Bankergewerbes, als auch vom Reichsverband der deutschen Industrie. Beide Branchenverbände wollen eine erhebliche Einschränkung der Tätigkeit der Spartassen. Die Spartassen müssen wiederum ihrer ursprünglichen Tätigkeit zugewandt werden und die bahnfähige Tätigkeit muß aufhören. So heißt es z. B. in dem Wirtschaftsprogramm des Reichsverbandes der Industrie.

Die Öffentlichkeit ist leicht geneigt, in diesem Streit zwischen Banken und Spartassen eine interne Meinungsverschiedenheit zu sehen, die für die Allgemeinheit ohne Bedeutung ist. Diese Auffassung ist grundfalsch. Der Angriff der Privatbanken gegen die Spartassen schädigt weitreichende Interessen der Volkswirtschaft, besonders aber die Spar- und die Kreditnehmer, die sich der Hilfe der Spartassen bedienen. Deshalb muß es in einem Aufsatze der „Deutschen Sparkassenzettelung“ vom 24. Dezember 1925 mit Rücksicht von dem neuen Vorstoß des Bankkapitals:

„Ein Kampf zwischen privaten und öffentlichen Banken im gegenwärtigen Zeitpunkt würde auf dem Willen der schwer handhabenden Wirtschaft ausgetragen werden und eine weitere Verfestigung der Kreditlage unzulässig herbeiführen. Angenehm ist der augenblicklichen Zustimmung der Wirtschaftskreise erachtet es daher geradezu unverständlich, wenn verurteilt wird, das Vorgehen der Banken gegen die Spartassen als Förderung der Interessen der Allgemeinheit, ja sogar des Vaterlandes, darzustellen. Das ist doch gerade das Gegenteil einer Verdrängung der Tatsachen und eine Verkennung der Motive, die nicht leicht überboten werden kann. Man nenne doch das Kind beim rechten Namen und bänge einem Konturrenzmäandern nicht ein patriotisches Märnelchen an. Man gelasse doch offen ein, daß die zunehmende Kapitalkraft der Spartassen und Girozentralen bei den Privatbanken Wirtschaften und Verlegenheiten auslöst, lasse aber das Vaterland nicht beim Spiel, es paßt in diesem Zusammenhang nicht hinein. Ebenso deplaciert ist der Hinweis auf den Nutzen für die Allgemeinheit; denn mit Ausnahme des Reichsverbandes der deutschen Industrie, der in bemerkenswerter Uebereinstimmung mit den Verbänden des Reichsverbandes und — merkwürdigerweise auch an anderen Tagen — „Vorläufer“ zur Sparreform der Öffentlichkeit überlagert, dürfte wohl keine Branchenvertretung die hohe Bedeutung der Spartassen für die Kreditwirtschaft des Mittelstandes und der Kommunen und damit der Gesamtwirtschaft bestritten oder gar in Abrede stellen. Auch das wird kein Gegner der Wirtschaftsentwicklung, das die gemeinsamen Zinspolitik der Spartassen ein volkswirtschaftlich wertvolles Korrektiv gegen die Beschlässe der Konditionenartikelle der Privatbanken bildet.“

Es ist zu begrüßen, daß der Vorstoß der Banken mit erneuerter Deutlichkeit als das bezeichnet wird, was es in Wirklichkeit ist: ein Konturrenzmäandern mit einem patriotischen Märnelchen. Je mehr man die einzelnen Gründe der Banken prüft, um so deutlicher zeigt sich das.

Das Bankkapital behauptet, die öffentlichen Banken leiden an einer unübersichtlichen, starken Überdeckung. Hier müßte abgebaut werden. Angenehm ist festzuhalten, 6000 Privatbanken umfassen 3900 öffentliche Banken. Diese Statistik ist aber in keiner Weise einwandfrei, denn die 6000 Spartassen, die zu den öffentlichen Banken gezählt werden, beinhalten schon vor dem Krieg. Neu hinzugekommen sind nach Angabe der „Deutschen Sparkassenzettelung“ im Geschäftsjahre 1925/26 50 Selbstinstitute.

Hermann Müller zur Frage der Regierungsbildung.

Vor den Berliner Funktionären.

Berlin, 5. Januar. (Radiomelbung.)

Vor den Parteii- und Generalfunktionsführern Groß-Berlins sprach am Montagabend der Parteivorstand Herr Hermann Müller über die innenpolitische Lage und die Regierungsbildung. Er wies noch einmal darauf hin, daß sein Zweifel darüber habe bestehen können, daß die Sozialdemokraten die Koalitionsträger annehmen würden, nachdem die ausländischen Parteien zugestimmt hätten. Er ging dann auf die durch das Verhalten der Sozialdemokraten bei der Abstimmung über Locarno bedingte Regierungsbildung ein und wies darauf hin, daß sich diesmal das Zentrum darüber einig war, daß eine andere als die Große Koalition nicht in Frage käme. Von der Volkspartei sei eine klare Stellung nicht zu erlangen gewesen. Wer die Entwicklung der Politik aufmerksam verfolgt hat, erklärte Hermann Müller, wird darüber nicht im unklaren sein, daß die Zeit wieder kommt, in der es zu einer Regierung der Großen Koalition kommt. Vorbedingung dafür ist allerdings, daß man sich über das Fundament einig ist, auf dem die Politik der neuen Regierung geführt werden soll, und schließlich muß auch ein gegenseitiges Vertrauen vorhanden sein. Hermann Müller erwähnte dann, daß unter den für die Bildung einer Großen Koalition in Frage kommenden Parteien folgende die Parteienabfindung seine Einigung erzielt werden konnte, da das Zentrum nicht mitmachte. Die Regierungsbildung scheiterte auch an den sozialpolitischen Forderungen. Zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Nichtverbot der Waffen und die Gleichberechtigung haben. Schrittweise werden die Fragen der paritätischen Beschäftigung der Industrie, Landwirtschaft und Handelshandeln. Auch über die Ausgestaltung der Erwerbslosenfürsorge kam keine Einigung mit den bürgerlichen Parteien zustande. Die von der Sozialdemokratie geforderte Einkriegung der Steuerlasten fand keinen Widerpruch. Hermann Müller erwähnte dann die Frage, was nun, nachdem eine Regierungsbildung der Großen Koalition gescheitert ist, zu geschehen habe. Stegerwald habe die Antwort gegeben: Regierung auf stabiler Grundlage oder Ermächtigungsgesetz über — Einführung. Zentrum und Volkspartei verhalten sich aber nicht viel lust für eine Auflösung. Ein Ermächtigungsgesetz sei nur mit Zustimmung der Sozialdemokraten möglich. Wollte man nun eine Regierung der Mitte zu bilden. In den entscheidenden Fragen der Außenpolitik sei eine Unterstützung durch die Sozialdemokraten durchaus möglich. Diese habe aber allen Grund, sich zu hüten, in einer Großen Koalition in Schwierigkeiten zu kommen, wie sie bereits einmal durchlebt habe.

Nach lebhafter Debatte wurde gegen eine frühe Winderzeit eine Entschleunigung angenommen, in der die Berliner Funktionäre billigen, daß die Reichsregierung die Bildung der Regierung der Großen Koalition ablehnt hat. Hinsichtlich der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Fraktion ebenfalls die Beteiligung an der Großen Koalition ablehnt, wenn der Versuch zu ihrer Bildung erneut gemacht werden sollte.

Eine demokratische Meinung.

Berlin, 6. Januar. (Radiomelbung.)

Die Frage der Regierungsbildung steht der demokratischen Meinung vor:

Das Zentrum hatte vor Weihnachten beschlossen, noch einmal die Frage der Großen Koalition zur Entscheidung zu stellen. Wiedergeburt ergab sich aus der Art dieses Beschlusses, daß bei dem Scheitern der parlamentarischen Verhandlung möglicherweise mit in Aussicht gegeben werden sollte. Man kann wohl annehmen, daß die Sozialdemokratie die Aktion des Zentrums in dieser Hinsicht anerkennen wird, denn die Organisation der Regierungsbildung des Reichspräsidenten hat ein beachtliches Maß an Erfolg. Die Deutsche Demokratische Partei wird die Aktion des Zentrums unterstützen. Aus dieser Sachlage ergibt sich aber, daß jeder Versuch zur Regierungsbildung vor der Entscheidung des Zentrums und der Demokraten von vornherein zum Scheitern verurteilt wäre. Die beiden genannten Parteien werden sich nicht zu einer anderen Kombination bereit finden können, solange nicht das Ergebnis der Regierungsbildung eindeutig feststeht. Daraus ergibt sich, daß es zurzeit, weil unklarheit, auch nicht wünschenswert sein dürfte, jetzt zu versuchen, eine neue Lösung etwa mit einer neuen Personalität herbeizuführen. Im gegenwärtigen Stadium der Entscheidung würde die Bestimmung einer neuen Personalität zur Regierungsbildung eher eine unrichtige Verzögerung als eine notwendige Voraussetzung bedeuten.

Polnischer Sozialistenkongress.

Auf dem vom 1. bis 4. Januar stattgefundenen Kongress der polnischen Sozialisten wurde der Eintritt der sozialistischen Parteien in die Koalitionsregierung erzwungen. Weiter sagte der Kongress eine Reihe von Resolutionen als Richtlinien der äußeren und inneren Politik der Partei für die nächsten Zeitabschnitte. Die bemerkenswertesten dieser Entscheidungen, soweit sie die innere Politik betreffen, sind: Auf-

rechterhaltung der sozialen Erzeugnisse der Arbeiterklasse, Kampf gegen Spekulation und Teuerung, Durchführung aller Bestimmungen der Verfassung, Erlämpfung der Autonomie für jene Minderheiten, die in getrennten Gebieten wohnen, Aufhebung der Standgerichts- und aller Ausnahmebestimmungen, Anwendung des Leuzungsrechts in der Erweiterung der Hilfe für die Arbeitslosen, Durchführung der Agrarreform und endlich Abschluß der Pan-

schweizerträge mit Deutschland und der Räteunion. Für die von der Partei zu vertretende auswärtige Politik nahm der Kongress nach einem Referat des hervorragenden Sozialisten eine Entschleunigung an, die sich für das Center Protokoll ausdrückt und die Haltung der Partei zum Vertragstext von Locarno — die politische sozialistische Partei hatte sich für Locarno ausgesprochen — billigt.

Aus aller Welt.

Das Hochwasser in Köln. Die Maudgasse in Köln unter Wasser.



Die Hochwasserschäden in Harz.

Harz, 5. Januar. Nach dem amtlichen Bericht des Queblinger Magistrats besitzte sich der durch das Hochwasser in Quebling allein angerichtete Schaden an drei Millionen Mark. Davon entfallen auf die Scaupst-Betriebe allein acht Millionen. Es sind zwei massive Schäden zu nennen für 300 000 Mark. Die Wiederherstellung der Deiche und Uferbefestigungen erfordert 200 000 Mark. Der an den Gebäuden entstandene Schaden beträgt sich auf 100 000 Mark. Erhebliche Summen sind für die Hauptflüsse zuzugerechnet der überfluteten Straßen erforderlich. Die Stadt hat das Geraden an die Reichs- und Staatsbehörden gerichtet, eine einmalige Summe von einer halben Million zur Linderung der ersten Not herbeizuführen. Darüber hinaus bietet sie um Kredit bis zur Höhe des wirklichen Schadens. In Halle beträgt der Gesamtschaden etwa eine halbe Million. Auch die braunschweigische Regierung hat eine Subvention für die hart geprüften braunschweigischen Harzgemeinden gerichtet.

Das Hochwasser im Oberharz hat auch den Grundwasserstand der Bergwerksgruben beeinflusst. Der Willemschacht und der Ottlischschacht in der Berginspektion Clausthal haben fast unter Wasserstand zu leiden. Im Willemschacht sind in 900 Meter Tiefe alle Pumpen erloschen. Auch am Ottlischschacht steht die tiefste Sohle unter Wasser. Man hofft, die Bergschacht weiter beschäftigen zu können.

Die Straße Alfersleben—Halberstadt ist seit dem 3. Januar unpassierbar, so daß die D-züge auf dieser Strecke über Ballenstedt—Quebling—Wegeleben umgeleitet werden müssen.

Das Hochwasser in Holland. Infolge des Fallens des Hochwassers ist Mastrandt aus seiner isolierten Lage befreit. Der Wasserüberlauf ist nach dem Norden herab wieder angefallen. Aus den übrigen Gebieten Südhollands kommen aber

noch beunruhigende Nachrichten. Aus Nimwegen wird ein weiteres Anwohnen der Hochflut gemeldet.

Das Hochwasser in Belgien. In der Gegend von Lüttich, Namur und Brüssel ist das Hochwasser wesentlich zurückgegangen, dagegen hat sich die Lage in den niedrig gelegenen Gegenden des Landes und an der Schelde verschlechtert.

Das W. C. als Luxus.

Die Stadt Salzgemen befreit die Wasserflotte, um Unterhaltungsmittel für Erwerbslose zu schaffen.

Dem Gemeinderat der kleinen Gebirgsstadt Salzgemen an der Straße Eilenach—Würgburg gehörte das Verdienst, einen neuen Weg zur Stärkung der höchsten Finanzen gefunden zu haben. Zur Unterhaltung der Erwerbslosen mußten Mittel aufgebracht werden. Um nun bei der Umlage auch nur die wenigsten zu treffen, die zahlen können, hat man beschlossen, von benutzten Säulen beiseite, die in ihren Säulen Wasserflotte haben, eine einmalige Abgabe von 10 Pf. zu erheben. Da der Preis der Wasserflotte höher in Salzgemen sehr hoch ist, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden. Nebenfalls scheinen aber die Salzgemen Stadtväter eine Wasserflotte an einem geeigneten Orte für etwa 5000 Mark zu kaufen.

Salzgemen sollte sich um den Namen Schöpfenstied bewerben.

Ein Frank-Rotenfächer verhaftet.

Hamburg, 5. Januar. (Radiomelbung.)

Auf Weibchen der holländischen Staatsanwaltschaft wurde in Hamburg ein geborener George Edward v. O'Shary verhaftet, der mit einem Koffer gefüllt mit Geldern in einem Koffer in der Hand einhundert gefälschte französische Tausendfranknoten gefunden. Die Polizei nimmt an, daß es sich um einen Fälscher handelt, der mit den ungarischen Fälschern zusammenhängt.

Rundfunkgerät für Blinde. Um den Blinden die Teilnahme am Unterhaltungsprogramm zu ermöglichen, veranstaltet die Oberpostdirektion Berlin in diesem Monat eine Sammlung zur Beschaffung von Blinden mit Rundfunkgerät. Außer Gebührentrommeln werden Rundfunkempfangsapparate und ganze Teile entgegengenommen.

Schweres Explosionsunfall in einem Weiserwerk. Nach einer Meldung des Berliner Beobachters aus Wien wurden durch die verheerende Explosion einer Mine in dem Weiser- und Zinkbergwerk auf dem Schneeberg ein Arbeiter getötet, ein anderer lebensgefährlich und mehrere andere leicht verletzt.

Beruntenungen bei der Breslauer Reichsbahn. Wegen umfangreicher Verletzungen in Höhe von über 30 000 Pf. ist dem Berliner Beobachter zufolge der Eisenbahnmaterialinspektor Hirz von der Berufungskammer III in Dresden verhaftet worden.

Familienstränge. Aus Gagen wird gemeldet: In der offenen Straße ermorde der frühere Gutsritzer Jettz seine Ehefrau und machte kurz darauf Erhängen seinem Leben ein Ende. Jetzt hat die Tat zweifelslos in einem Anfall geistiger Unmaturität vollbracht.

Zugentgleisung in der Gharante. Aus Paris wird gemeldet: Heute mittags entgleiste zwei Kilometer vom Bahnhof Chagnelles im Departement Gharante ein Personenzug. Sieben Personen wurden verletzt.

Der wiedererstandene Branger. Gemäß dem Urteilspruch eines Polizeirichters in Reims wurden kürzlich zwei Männer auf einer Brücke der Stadt öffentlich aufgehängt, wobei sie gestanden waren. Der Beschuldigte der Branger wurde durch den Richter im stürmischen Regen am Branger zu setzen, zur Strafe dafür, daß sie ihre Pferde unbedeckt die gleiche Zeit hatten im Regen stehen lassen. Bei Verkündigung des Urteils flüchte der Richter aus: „Ich glaube, daß es Ihnen keinen Spass machen wird, das Sitzen in dieser Weise beobachten zu werden, und ich nehme an, daß die Strafe für Sie eine Lektion bilden wird. In dieser Annahme habe ich auch davon Abstand genommen. Ihnen noch eine andere Strafe aufzuerlegen.“

„Aus einer Flasche täglich.“ Die Sowjetregierung hat zur Einschränkung des Umfangs, den die Trunklust in Sowjetland nach Wiedererrichtung des Alkoholgesetzes erlangen können, die Verfügung erlassen, den Verkauf auf nur ein Glas pro Tag zu beschränken.

So billig kaufen Sie nie wieder!

Benutzen Sie diese außerordentliche Kaufgelegenheit in unserem großen Saison-

Räumungs-Ausverkauf

C. Lewin

Halle a. S. Marktplatz 2 u. 3.

Unsere Auslagen überzeugen Sie davon



Kalle und Saalkreis.

Halle, den 5. Januar 1926.

Städtisches Verkehrsamt.

Die Beiratsmitglieder sind nun auch für unser Stadtparlament gewählt. Am kommenden Montag findet die erste Sitzung im neuen Jahre statt. Außer der Vorstandswahl wird sich das Kollegium auch mit einigen wichtigen Magistratsvorlagen zu beschäftigen haben. Als erstes die Beschaffung neuer Wohnbauten für die bedürftigsten Bürger, die Beschaffung eines städtischen Verkehrsamtes...

In der Sitzung am Montag wird übrigens auch die Einführung der drei kommunikativen Stadträte in ihr Amt vollzogen und in geschlossener Sitzung eine nicht unwichtige Wahl zum Magistrat vorgenommen werden.

Und noch einmal: Die Milch in den Schulen.

Das Stadtparlament kommt in einer weiteren Aufsichtsratssitzung auf die von uns bereits mehrfach erörterte Milchfrage und bezieht sich dabei insbesondere auf unsern in Nr. 294 abgedruckten Aufsatz. Die Antwort ist ebenfalls im wesentlichen nur eine Wiederholung des bereits niedergelegten Standpunktes und lautet: Der Aufsatz in Nr. 294 betraf die Milch in den Schulen...

Die Bedeutung der Milch beruht im wesentlichen auf anderen Momenten, nämlich denjenigen der Ernährung im eigentlichen Sinne, der Zufuhr von Eiweißstoffen in gutverdaulicher Form...

Das gelegentlich in vereinigten Fällen die Milch säuerlich war, trifft zu und ist — wie überhaupt der Zustand der Milch — Gegenstand täglicher Kontrolle der in Frage kommenden Untersuchungsämter. Solche Verhandlungen haben jedoch mit der Aufrechterhaltung nichts zu tun...

Das städtische Gesundheitsamt wird im Volksblatt stets eine Förderung seiner Maßnahmen zur Pflege der Gesundheit unserer Jugend finden. Einen anderen Zweck hatten auch die Veröffentlichungen nicht. Was uns bei der ganzen Frage am Herzen lag, war lediglich die Absicht, zu verhindern, daß die Monopolstellung der Wollweiser, die als Lieferanten der pasteurisierten Milch auftreten, nicht dazu führt, eine denartig behandelte Milch auf Kosten unserer Eltern zum Gegenstand eines einträglichen Geschäfts zu machen...

Inventur-Ausverkauf.

Beinachteten vorüber, — Silberbestand und Mannschaften kaum vorhanden, — Mannequins wieder eingetroffen auf normal da gesteckt, — der Beutel aber schlapp und leer, — schon wirkt wieder eine neue Situation!

Aus allen Setzungsannoncen, aus allen Feiern spricht es in

Regierung und Magistratsgehälter

Die Beschlüsse zurückgewiesen.

Dieselbe bürgerliche Mehrheit unseres Stadtparlaments, die immer dann über die schlechte Finanzlage der Gemeinde jammert und die Heiß die Hand auf den Wechsel hält, wenn es gilt, die etatsmäßige Lage der städtischen Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten auch nur ein wenig zu verbessern, hat in der Stadtratsbesitzung vom 18. Oktober v. d. J. die Beschlüsse der besagten Regierung zurückgewiesen...

Zulage von insgesamt 26 000 Mk im Jahre

zu gewähren. Diesen Beschlüssen der Stadtratsbesitzung, dem der Magistrat natürlich ohne Bedenken beizutritt, hat der Regierungspräsident Grünherz beantragt, auf die Beschlüsse, die die unbesoldeten Magistratsmitglieder Gehalts erhöhen, hat der Regierungspräsident zu Händen des Herrn Stadtratspräsidenten folgende Antwort erteilt:

Die Beschlüsse der unbesoldeten Magistratsmitglieder über eine unbesoldete Zulage von 26 000 Mk. sind als vollkommen unangebracht abzulehnen. Zunächst bemerke ich formal, daß ich Sie bereits am 30. November 1925 Herrn Oberbürgermeister Dr. Müller in meinen Amtsinstruktionen mündlich unter eingehender Begründung bekanntgegeben habe...

Die geplante Erhöhung erweist die erheblichsten sachlichen Bedenken. In dem tiefen wirtschaftlichen Niedergang

auch der Stadt Halle gemessen, der hier tagtäglich neue Erweiterungsbedürfnisse und sehr erhebliche Inflationen unternehmen in Industrie, Handel und Gewerbe beobachtet werden und eben, das große Der der Angestellten, Beamten, Klein- und Sozialrentner gerade noch das Leben fristen läßt, müssen die gegenwärtigen Gehälter der besoldeten Magistratsmitglieder nicht nur als annehmbar sondern auch als durchaus fremdenartig angesehen werden...

Wenn der Minister des Innern in der Ausführungsanweisung vom 8. Oktober 1920 zu dem Gesetz vom 8. Juli 1920 (RG. S. 283) die Leistungsfähigkeit einer Gemeinde nicht zum Maßstab für die Gehälter der Besoldeten bestimmt, sondern nur als ein für die Gehälter begründete Erfordernis der Gemeindebeamten genommen haben will, so ist dieser aus den damaligen Verhältnissen verständlich, denn zu dem Herrn Minister in der kirchlich-katholischen Besoldung der Kreis- und Bezirkspräsidenten vorzugehen habe, heute nicht mehr aufrechtzuerhalten.

Wenn der Grundgedanke, daß in erster Linie die Leistungsfähigkeit einer Gemeinde über ihre Ausgaben auch auf abteilungsweise Gebiete erstreckt, in eine Reihe vertriehener Gemeinden, namentlich des Meißens, auch heute noch unbeachtet bleibt, worauf der Magistrat Halle in einem am nicht erstatteten Bericht verwies, so kann dieser Gedanke in der Wirtschaft der Deutschen Reichsstadt nicht durchzuführen sein, weil die Wirtschaft der Deutschen Reichsstadt nicht durchzuführen ist...

Schließlich mußte die beantragte Gehaltserhöhung noch deswegen beantragt werden, weil sie über den Kreis der anderen hiesigen Kommunalbeamten hinaus eine menschenlich verständliche, wirtschaftlich aber unüberwindliche Gehaltssteigerung unter der Bedingung, daß die Wirtschaft der Deutschen Reichsstadt nicht durchzuführen ist...

Werbung für die weltliche Schule! In wenigen Tagen fällt die Einführung der Sein oder Nichtsein der weltlichen Schule in Halle. Arbeiter auch auf und melde sofort Dein Kind für sie an! Die Geschäftsstelle der freien Schulgenossenschaft befindet sich Friedrichsplatz 6.

übergeben, nicht zu übersehenden Letztern: Inventur-Ausverkauf. Und so lösend und mit solch überlegenden Tönen rief es, daß kein eine Dame zu überlegen vermag. Und sind ihre Worte zu nichts Unmöglichem zu lauten, noch so direkt und tief gefolgt — und ist sie auch noch so kapitalisiert — und ihr Partei (siehe oben) noch so wenig kapitalisiert — sie kapitalisiert — sie geht — sie faull! Und der (ausgenommen Kapitalist der Ehemann) kann es sich vorstellen, wo das die Willigkeit mit so bederter Junge bricht! Und — wenn nicht — sie gebildet, „es“ — dies und das — heute gar noch nicht und auch morgen noch nicht — aber bis zum Frühjahr, da hat sie „es“ dringlich notwendig — bis dann hat sie gar — aber auch gar nichts mehr anzuziehen — und dann wird sie sich sehr freuen, noch billig gekauft zu haben. Was sage ich? Alles? Nein — es gerade geht in es! Alles! Es lebe der Inventur-Ausverkauf!

Freirol eines Konsumlagerhalters.

Lagerhalter Arnold wegen eines Kassemankes in den Tod gegangen.

Am Montagvormittag beging der in der Kräftestraße 8 wohnhafte, die Verkaufsstelle des Allgemeinen Konsumvereins in der Eichendorffstraße verwalternde 31 Jahre alte Lagerhalter Bruno Arnold dadurch Selbstmord, daß er sich an der Heberführung der Bahnhofsstraße — Halberstadt im Zuge der Deutzer Straße von einem Verlonenunge überlassen ließ. In seiner Tasche fand sich ein Brevier, auf dem geschrieben stand: Es lebten 6000 Arbeiter. Der Grund zu dem fatalen Selbstmord lagen in der angegebenen Sache. Arnold war seinerzeit unter der Bedingung zum Lagerhalter gewählt worden, daß er der SPD beitrete. Die lange Krankheit seiner Frau wird mit dazu beigetragen haben, daß Arnold sich an Arbeitgebern betrafft und so endete.

Was ein weiteres eine Winterpost-Condensate. Die in Aussicht genommenen Condensate müssen infolge der anhaltenden milden Witterung bis auf weiteres ausfallen. Bei Wiedereintritt kalter Witterung, die Winterhalbe aber erst, wenn das Verbleiben der Condensate rechtzeitig bekanntgegeben werden.

Den Bierbraueren geht es gut! Die Verwaltung der Engelschlagbauerei schlägt für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 10 Prozent vor. In dem Geschäftsbericht wird hervorgehoben, daß die Verwaltung über die vorgenommenen Maßnahmen hinaus auf eine starke innere Fräftigung des Unternehmens bedacht ist. An dem abgelaufenen Geschäftsjahr der heilige Beitrag, der im letzten Jahre besonders häufig erweitert und betriebstechnisch verbessert wurde, einen großen Anteil. — Also: Leute trinkt, die Brauerei braucht leere Fässer!

Landwirtschaftliche Woche.

Die diesjährige landwirtschaftliche Woche, in deren Mittelpunkt der von der Landwirtschaftskammer veranstaltete Vortragskurs für praktische Landwirte steht, findet in diesen Tagen vom 2. bis zum 12. Februar statt. Die landwirtschaftliche Woche soll die Aufgabe haben, die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft durch Belehrungen über die Ausbarmachung der neuen Sorten, die Bedeutung der Düngemittel, die Bedeutung der Wirtschaftlichkeit und die Bedeutung der Wirtschaftlichkeit zu erläutern.

Die Bagarrearbeiten am zentralen Geleisenglebe sind in einem in Nr. 285 abgedruckten „Sa-lit-ta-lab“ übertriebenen Ausmaß fortgesetzt und dabei gelangt worden, daß der ausgearbeitete Kreis von der bauaufsichtlichen Firma Otto Rühlke mit doppelter Kraft von Stadt angegriffen worden ist. Die Arbeiter sind inzwischen davon überzeugt, daß die Arbeit der Arbeiter nicht unterbrochen werden kann, sie habe Verhandlungen gebildet, die geeignet wären, die Stadterweiterung zu beschleunigen. Inzwischen wurde die Stadterweiterung im wesentlichen auf allen Stellen vorgenommenen Kontrolle nicht vorgenommen.

Ein Arbeiter. Gestern Abend wurde auf dem Riederfeld ein städtischer Mann von einem Kraftfahrzeug überfahren. Er trug Verletzungen am rechten Bein und linken Arm davon und wurde mittels Krankenwagens der Klinik zugeführt.

Stadtkasse. Am heutigen Dienstag 7 1/2 Uhr: „Der Orlo“, Mittwoch: „Intermezzo“, Donnerstag (zum ersten Male): „Die verkaufte Braut“, vom Smetana. Freitag: „Ingobert“, Sonnabend: „Die verkaufte Braut“.

Könnern. Reichsbund der Kriegseinsatzbedienten. Am Sonntag hielt die hiesige Ortsgruppe des Reichsbundes der Kriegseinsatzbedienten und Hinterbliebenen ihr Jahresversammlung ab. Aus dem von Vorsitzenden Kamerad Streifer gegebenen Geschäftsbericht war zu erkennen, welche Arbeit geleistet wurde, um das Gedenk der Kriegseinsatzbedienten zu fördern. Der Kassierenbericht zeigt, daß die Kassation gut überstanden ist. Die Neuwahl ergab mit feiner Beschäftigung die Wiederwahl des alten Vorstandes. Auf den im Februar oder März in Könnern stattfindenden Kreisverbandstag wurde besonders hingewiesen. — Eine Versammlung des Fabrikarbeiter-Verbandes fand am Sonntag hier statt. Kollege Seidel (Bernburg) sprach eingehend über die allgemeine Wirtschaftslage. Ganz besonders fesselte er das rigorose Vorgehen der Unternehmer in der Lederindustrie und ermahnte die Lederiener, fest zum Verband zu stehen und für ihn zu werben. Es müsse gelingen, die Abtrünnigen wiederzugewinnen. In der Ansprache wies er auf verschiedene Kollegen auf die Zustände in den hiesigen Betrieben hin und verpönte alles zu tun, um wieder vernünftige Zustände zu schaffen.

Grüders. Einheitsfront! — mit Knäpeln und Säulen. Am vergangenen Mittwoch fand im Gasthof Schwolow eine öffentliche Volksversammlung statt, die von über 500 Personen besucht war und damit die größte denartige Versammlung seit je gewandt sein dürfte. Nach einigen Reden sprach für das Reichsbund der Arbeiterwort Wort (Galle), dann im Namen der HSB-Bund. Alle Redner fanden starken Beifall. Die HSB-Leute betonten besonders den Beitritt in die Gewerkschaften, was um so bemerkenswerter war, als von dieser Seite noch vor Jahren die gegenwärtige Parole ausgegeben wurde. Während die HSB-Leute hier die Einheit der Arbeiterkräfte betonten, sah es am Schluss der Versammlung anders aus. Von vielen Tausenden anlässlich des Worts beim Gastwirt Oskar HSB-Leute mit Knäpeln, Säulen und schlugen Arbeiter blutig. Ist das etwa auch Einheitsfront?

Heute Abend im Volkspark: Kuldgebung gegen die Firstenabfindung!

